

**An die
Mülheimer Medien**

14.03.2012

**„Stärkungspakt Stadtfinanzen“: Unterstützung für OB-Brandbrief an MP Kraft**

„Recht eigenartig und nicht gerade kommunalfreundlich“ ist nach Auffassung der Mülheimer CDU-Fraktion die bisherige Nicht-Reaktion der Ministerpräsidentin der rot-grünen NRW-Minderheitsregierung auf die erneuerte Forderung des parteiübergreifenden kommunalen Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, allen stark verschuldeten Kommunen in NRW im Rahmen des „Stärkungspaktes Stadtverschuldeten Kommunen in NRW im Rahmen des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ zu helfen. Dieses kommunale Aktionsbündnis hat in einem „Brandbrief“ der Mülheimer OB Dagmar Mühlenfeld und des Stadtkämmerers Uwe Bonan wieder zu Recht moniert, dass leider nur wenige (34) Nothaushaltskommunen und diese meistens unzureichend bei den beschlossenen NRW-Entschuldungshilfen berücksichtigt werden, erklärt CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels in einer Stellungnahme.

„Der nachdrückliche Appell des kommunalen Aktionsbündnisses an die Landesregierung und an den Landtag NRW, hier dringend nachzubessern, liegt ganz auf der bisher vertretenen Linie der CDU-Fraktion und findet unsere volle Unterstützung“, so Michels weiter. Nur wenn die „ungerechte“ Verteilung von dringend benötigten Entschuldungshilfen an wenige NRW-Kommunen geändert werde, könne endlich auch der Stadt Mülheim an der Ruhr – mit einer der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen der NRW-Städte mit Krediten (fast 5.900 € pro Kopf) – geholfen werden. Nach wie vor seien die schon seit längerem auch von der CDU-Fraktion geforderten Korrekturen nicht in Sicht. Diese sind: klare und objektive Zugangskriterien für die Beteiligung weiterer NRW-Kommunen in der geplanten zweiten Stufe des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“, die Aufstockung des Finanzvolumens für die NRW-Entschuldungshilfen für notleidende Kommunen und nicht zuletzt die Verhinderung eines neuen Soli von „armen“ zugunsten der „noch ärmeren“ Kommunen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels hofft, dass der „Weckruf“ der überwiegend notleidenden kommunalen Familie – und sogar aus der Heimatstadt Mülheim an der Ruhr – von der NRW-Ministerpräsidentin gehört wird und „jetzt endlich ihren Worten Taten folgen“: „Nur so kann aus dem rot-grünen Schwächungspakt noch ein wirklicher Stärkungspakt Stadtfinanzen werden!“

F.d.R.
Hansgeorg Schiemer
-Fraktionsgeschäftsführer-